

Das Ja

hr **2003**

hr **2003**

Lagebericht

Die Aufgaben der ÖIAG

Aufgrund des ÖIAG-Gesetzes 2000 (BGBl. I Nr. 24/2000) hatte die ÖIAG im Berichtsjahr 2003 im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- **Privatisierungsmanagement:** Privatisierung jener Unternehmen, deren Anteile der ÖIAG übertragen sind.
- **Beteiligungsmanagement:** Ausübung der Anteilsrechte bei Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist; die ÖIAG ist unter bestimmten Umständen berechtigt, zusätzliche Anteile an Beteiligungsgesellschaften zu erwerben oder sich an Kapitalerhöhungen zu beteiligen.

Diese Aufgaben blieben auch durch die Novelle 2003 zum ÖIAG-Gesetz (erfolgt im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 71/2003) im Wesentlichen unverändert. Die Kriterien für Privatisierungsentscheidungen bzw. das Beteiligungsmanagement wurden jedoch konkretisiert:

So sollen Privatisierungen zu einer möglichst hohen Wertsteigerung des Unternehmens führen und dadurch auch langfristig sichere Arbeitsplätze in Österreich schaffen bzw. erhalten und möglichst hohe Erlöse für den Eigentümer erbringen. Weiters sollen die Entscheidungszentralen und die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der zu privatisierenden Unternehmen wenn möglich in Österreich gehalten und die Interessen des österreichischen Kapitalmarkts berücksichtigt werden.

Im Rahmen des Beteiligungsmanagements stehen die Sicherung Österreichs als Wirtschafts- und Forschungsstandort, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Wertsteigerung der Beteiligungsgesellschaften im Vordergrund.

Weiters wurde es mit der Novellierung des ÖIAG-Gesetzes möglich, eine Dividende an den Eigentümer Republik Österreich auszuschütten. In den Vorschlag für die Gewinnverteilung ist eine Vorschaurechnung aufzunehmen, in welchem Ausmaß Privatisierungserlöse für das laufende und das folgende Geschäftsjahr für Zinsenzahlungen auf Grundlage einer vorsichtigen Finanz-

planung benötigt werden. Der Bilanzgewinn unterliegt den allgemeinen aktienrechtlichen Bestimmungen über die Gewinnverteilung.

Basierend auf dem ÖIAG-Gesetz 2000 hatte die ÖIAG im Jahr 2000 von der Bundesregierung einen Privatisierungsauftrag erhalten, der mit Ausnahme der vollständigen Abgabe der Telekom Austria AG, an der die ÖIAG nach wie vor einen Anteil von 47,2 % hält, zur Gänze erfüllt worden war. Weiters hatte die Bundesregierung die ÖIAG mit Ministerratsbeschluss vom 14. Mai 2002 beauftragt, die Anteile an der Österreichischen Postbus AG an die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) abzugeben. Der Verkauf wurde im September 2002 vertraglich vereinbart und – nach Erteilung der erforderlichen kartellrechtlichen Genehmigung – im September 2003 mit dem Closing abgeschlossen.

Im Jahr 2003 erhielt die ÖIAG einen neuen Privatisierungsauftrag. Dieser Privatisierungsauftrag – erteilt von der Bundesregierung im Sinn des § 7 Abs 1 ÖIAG-Gesetz 2000 in der a.o. Hauptversammlung vom 9. Mai 2003 und konkretisiert in der a.o. Hauptversammlung vom 4. Juli 2003 – lautet auf die vollständige Abgabe folgender Unternehmen bzw. Unternehmensanteile:

- BÖHLER-UDDEHOLM AG
- VA Technologie AG
- voestalpine AG
- ÖIAG-Bergbauholding AG

Für die Telekom Austria AG ist die Privatisierung bis zu 100 % anzustreben. Für die Österreichische Post AG soll in einem ersten Schritt ein strategischer Partner gesucht werden.

Umfeld

Während sich das konjunkturelle Umfeld im Jahr 2003 weltweit weiterhin eher gedämpft entwickelte, zeigten die Kapitalmärkte vor allem im 2. Halbjahr 2003 deutliche Anzeichen einer Erholung. Der ÖIAG ist es gelungen, diesen positiven Trend für die

Durchführung mehrerer erfolgreicher Transaktionen zu nutzen. Dabei bediente sich die Gesellschaft neuer, auf dem Markt angebotener risikoarmer Privatisierungs- und Finanzierungsinstrumente (Exchangeable Notes).

Die Beteiligungsgesellschaften der ÖIAG selbst – international gesehen kleine bzw. mittelgroße Unternehmen – waren durch die weltweit schwache Konjunktur weiterhin vor schwierige Herausforderungen gestellt, die sie jedoch zumeist erfolgreich bewältigten. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der Wertentwicklung des ÖIAG-Portfolios.

Aktivitäten 2003

Im Juli und August 2003 erfolgte die Abgabe von insgesamt 9 % der Aktien der VA Technologie AG über die Börse. Die ÖIAG reduzierte damit ihren Anteil von zuvor 24 % auf 15 %. Der Erlös aus dem Verkauf dieser Aktien betrug EUR 33,3 Mio, der erzielte Preis pro Aktie erreichte im Schnitt EUR 24,7.

Ebenfalls im August 2003 begab die ÖIAG als erstes österreichisches Unternehmen eine Umtauschanleihe (Exchangeable Notes) auf 5 % bzw. 25 Mio Stück der Aktien der Telekom Austria AG. Das Volumen der Anleihe betrug EUR 325 Mio, die Laufzeit erstreckt sich bis August 2006. Die Verzinsung wurde mit 1,125 %, der Umtauschpreis mit EUR 13 festgelegt. Die Anleihe ist an der Luxemburger Börse gelistet.

Am 15. September 2003 erfolgte das Closing für die Abgabe von 100 % der Aktien der Postbus AG an die ÖBB. Diese Abgabe war bereits im September 2002 vertraglich vereinbart und danach einer kartellrechtlichen Prüfung unterzogen worden. Der Erlös aus dem Verkauf der Postbus AG betrug EUR 119,2 Mio.

Zwei weitere erfolgreiche Transaktionen des Berichtsjahres betrafen die voestalpine AG. Im September 2003 wurden insgesamt 19,7 % der Aktien über die Börse verkauft. Davon wurden 15,9 % zu einem Preis von EUR 32,50 pro Aktie an Retail- und institutionelle Investoren abgegeben, 3,8 % gingen zu einem begünstigten Preis von EUR 28,28 an die voestalpine Mitarbeiterstiftung. In Summe betrug der Erlös aus dem Aktienverkauf EUR 246,5 Mio.

Parallel zur Aktienemission wurde eine Umtauschanleihe (Exchangeable Notes) auf die verbleibenden im ÖIAG-Eigentum stehenden 15 % der voestalpine-Aktien begeben. Das Transaktionsvolumen betrug EUR 245,2 Mio, der Umtauschpreis wurde mit EUR 41,275 festgelegt. Verzinst ist diese Anleihe mit 1,5 %, sie läuft bis Oktober 2006 und notiert an der Wiener Börse.

Schließlich hat die ÖIAG im November 2003 ihren gesamten 25%-Anteil an der BÖHLER-UDDEHOLM AG über die Börse privatisiert. Der Erlös aus der Abgabe dieser Aktien betrug EUR 133,4 Mio.

In Summe hat die ÖIAG damit aus dem Verkauf von Anteilen EUR 532,4 Mio Erlös, das Volumen der beiden Umtauschanleihen erreichte EUR 570,2 Mio. Insgesamt beträgt das Volumen aller im Jahr 2003 durchgeführten Transaktionen EUR 1.102,6 Mio.

Sehr erfolgreich verliefen im Berichtszeitraum weiterhin die Initiativen der ÖIAG, im Rahmen des Beteiligungsmanagements die Wertsteigerung der einzelnen Portfoliounternehmen zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit dem international renommierten Beratungsunternehmen Stern Stewart & Co. wurde das bereits 2001 bei einzelnen Beteiligungsunternehmen etablierte, auf die Steigerung des EVA (Economic Value Added) abgestellte Steuerungs- und Vergütungssystem weiter ausgebaut. Durch die in den Beteiligungsunternehmen konsequent verfolgte Wertsteigerungsstrategie konnte für das ÖIAG-Portfolio 2003 erneut ein EVA-Zuwachs von rund EUR 250 Mio erzielt werden.

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, über die gesondert zu berichten ist.

ÖIAG-Portfolio trotz Anteilsverkäufen mit stabilem Wert

Trotz der oben genannten Privatisierungen ist der Wert des ÖIAG-Portfolios in den letzten beiden Jahren weitgehend unverändert geblieben. Zum 31. Dezember 2003 repräsentierte das Portfolio aller ÖIAG-Beteiligungen einen Gesamtwert von rund EUR 4,55 Mrd. Der Wert der ÖIAG-Anteile an börsennotierten Gesellschaften 2003 zeigte trotz der Abgabe von Anteilen an BÖHLER-UDDEHOLM AG, VA Technologie AG und voestalpine AG einen leichten Zuwachs.

Deutlich verbessert hat sich 2003 die Nettoverschuldung, die gegenüber 2002 von EUR 2,04 Mrd auf rund EUR 1,74 Mrd reduziert werden konnte. Daraus ergibt sich eine Überdeckung der Nettoverbindlichkeiten durch den Portfoliowert in Höhe von EUR 2,81 Mrd bzw. 162 %. Dieser Wert hatte 2002 noch 129 % betragen.

Seit dem Jahr 2000 konnte die Überdeckung – sie hatte damals ein Volumen von EUR 1,84 Mrd erreicht – aufgrund der Erfolge der ÖIAG im Beteiligungsmanagement um beachtliche rund 53 % gesteigert werden. Auch im Verhältnis zum bestehenden

Schuldenstand wurde eine deutliche Verbesserung erzielt: Während die Überdeckung im Jahr 2000 noch knapp 58 % betrug, stieg sie mittlerweile auf die erwähnten 162 %.

Ergebnis 2003

Wichtigste ergebnisrelevante Faktoren für die ÖIAG waren im abgelaufenen Geschäftsjahr 2003:

- Die Erlöse aus Privatisierungen betragen im Berichtsjahr insgesamt EUR 532,4 Mio (Privatisierungserlöse 2002: EUR 27,8 Mio) und betrafen ausschließlich die zuvor genannten Unternehmen.
- Aus Umtauschanleihen sind der ÖIAG insgesamt EUR 570,2 Mio zugeflossen.
- Die Bilanzierung von Nachschussverpflichtungen an die Allgemeine Pensionskasse (APK) für leistungsorientierte Pensionszusagen aus der ehemaligen Verstaatlichten Industrie belastete das Ergebnis mit rund EUR 5,3 Mio.
- Für Sanierungsmaßnahmen beim Alt-Bergbau LAKOG wurden in der Bilanz EUR 1,8 Mio zusätzlich rückgestellt.
- Im Berichtszeitraum betrug der durchschnittliche Personalstand der ÖIAG 48 Personen und konnte gegenüber dem Vorjahr um 4 % reduziert werden.
- Mit knapp 2,5 % des Transaktionsvolumens liegen die angefallenen Transaktionskosten deutlich unter dem internationalen Durchschnitt.

Der Jahresabschluss der ÖIAG zum 31. Dezember 2003 weist einen Jahresüberschuss von EUR 19,7 Mio aus (2002: Jahresfehlbetrag von EUR 79,8 Mio). Nach Auflösung von Rücklagen beträgt der Bilanzgewinn EUR 100,0 Mio. Der Vorstand schlägt vor, diesen Betrag als Dividende für das Jahr 2003 auszuschütten.

Die Bilanzsumme der ÖIAG hat sich im Verlauf des Jahres 2003 um insgesamt EUR 189,8 Mio bzw. 3,5 % auf EUR 5.274,3 Mio verringert, der Buchwert der Beteiligungen ging aufgrund der im Berichtsjahr durchgeführten Privatisierungen von EUR 2.826,7 Mio auf EUR 2.508,3 zurück.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden durch Tilgungen im Ausmaß von rund EUR 357,4 Mio reduziert. Überdies konnten aufgrund der Privatisierungen das Gesellschafterdarlehen der Republik Österreich sowie Refundierungsverbindlichkeiten im Ausmaß von insgesamt EUR 206,6 Mio verringert werden.

Das Eigenkapital hat sich auf Basis der Ergebnisentwicklung 2003 sowie aufgrund der an die Republik Österreich ausgeschütteten Dividende von EUR 200 Mio von EUR 2.631,1 Mio auf EUR 2.450,8 Mio verringert. Die Eigenkapitalquote lag damit zum Bilanzstichtag bei 46,5 % (31. 12. 2002: 48,2 %).

Ausblick

Die Aufgaben der ÖIAG im Geschäftsjahr 2004 ergeben sich weiterhin aus dem ÖIAG-Gesetz sowie aus dem daraus abgeleiteten, von der Bundesregierung jeweils für eine Legislaturperiode beschlossenen Privatisierungsauftrag.

Von dem im Jahr 2003 von der Österreichischen Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode erteilten Privatisierungsauftrag steht noch die 100 %-ige Abgabe der Beteiligungen an folgenden Gesellschaften an:

- VA Technologie AG
- voestalpine AG
- ÖIAG-Bergbauholding AG

Des Weiteren sieht der Privatisierungsauftrag die Abgabe von bis zu 100 % der Beteiligung an der Telekom Austria AG sowie die Suche nach einem strategischen Partner für die Österreichische Post AG als ersten Schritt vor.

Die ÖIAG hat die Abgabe dieser Beteiligungen entsprechend den Auflagen des ÖIAG-Gesetzes und des Privatisierungsauftrags der Bundesregierung vorzunehmen.

Im Rahmen des Beteiligungsmanagements wird die bereits in der Vergangenheit erfolgreiche Wertsteigerungsstrategie konsequent weitergeführt, sodass für das ÖIAG-Portfolio auch für 2004 von einem weiteren wesentlichen EVA-Zuwachs ausgegangen werden kann.

Abhängig vom Volumen und der Zeitfolge der künftigen Privatisierungen wird die ÖIAG auch den Kurs ihrer weiteren Entschuldung bis zur Ende der Legislaturperiode in 2006 fortsetzen.

Wien, am 7. Mai 2004

Der Vorstand

Dr. Peter Michaelis e. h.

Dipl. Ing. Rainer Wieltch e. h.

Bilanz zum 31. Dezember 2003

Aktiva	EUR	EUR	Stand 31. 12. 2003 EUR	Stand 31. 12. 2002 TEUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Konzessionen, Rechte		300.809,48		385
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund, davon Grundwert EUR 3.170.808,73 (2002: TEUR 3.198)	3.170.808,73			3.198
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	507.785,88			732
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	8.610,00			0
		3.687.204,61		3.930
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	2.508.258.910,55			2.826.657
2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	25.518.271,14			25.559
3. Sonstige Ausleihungen	9.386,90			32
		2.533.786.568,59		2.852.248
			2.537.774.582,68	2.856.563
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	33.539,21			34
2. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	48.110,70			353
3. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	178.446.649,77			10.026
		178.528.299,68		10.413
II. Sonstige Wertpapiere und Anteile		327.708.661,16		213.711
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		417.180.753,43		405.429
			923.417.714,27	629.553
C. Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden davon Vorauszahlung EUR 405.656,44			1.813.040.987,33	1.977.872
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
1. Disagio, Fremdkapitalbeschaffungskosten		10.219,00		15
2. Sonstige		25.297,25		34
			35.516,25	49
			5.274.268.800,53	5.464.037

Passiva			Stand	Stand
	EUR	EUR	31. 12. 2003 EUR	31. 12. 2002 TEUR
A. Eigenkapital				
I. Grundkapital		363.365.000,00		363.365
II. Kapitalrücklagen				
1. Gebundene	1.780.062.343,28			1.780.062
2. Nicht gebundene	171.039.982,38			190.244
		1.951.102.325,66		1.970.306
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage	36.336.417,08			36.337
2. Andere Rücklagen (freie Rücklagen)	0,00			0
		36.336.417,08		36.337
IV. Bilanzgewinn davon Gewinnvortrag EUR 0,00 (2002: TEUR 340.708)		100.000.000,00		261.097
			2.450.803.742,74	2.631.105
B. Sonstige unversteuerte Rücklagen			62,14	36
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Abfertigungen		1.836.575,00		1.348
2. Rückstellungen für Pensionen		2.812.997,00		1.730
3. Sonstige Rückstellungen		122.970.940,37		121.967
			127.620.512,37	125.045
D. Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden			1.812.635.330,89	1.977.872
E. Verbindlichkeiten				
1. Nachrangiges Gesellschafterdarlehen		26.269.305,34		67.619
2. Anleihen (Exchangeable Notes)		570.200.000,00		0
3. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		254.260.848,11		611.659
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.938.739,34		2.900
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		19.395.848,67		29.573
6. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern EUR 11.382,39 (2002: TEUR 11) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 61.904,61 (2002: TEUR 66)		11.144.410,93		18.228
			883.209.152,39	729.979
			5.274.268.800,53	5.464.037
Haftungsverhältnisse			0,00	0

Anlagepiegel

gemäß § 226 (1) HGB per 31. Dezember 2003

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten			
	Stand 1. 1. 2003	Zugänge	Abgänge	Stand 31. 12. 2003
	EUR	EUR	EUR	EUR
Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Konzessionen, Rechte	672.506,17	136.501,51	54.198,22	754.809,46
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund				
a) Bebaute Grundstücke				
Gebäudewert	117.388,56	0,00	0,00	117.388,56
b) Unbebaute Grundstücke	3.212.628,13	0,00	26.795,35	3.185.832,78
	3.330.016,69	0,00	26.795,35	3.303.221,34
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.956.605,05	89.676,00	86.556,16	2.959.724,89
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	0,00	8.610,00	0,00	8.610,00
	6.286.621,74	98.286,00	113.351,51	6.271.556,23
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	3.979.338.708,98	49.251,95	328.700.025,81	3.650.687.935,12
2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	25.912.694,60	0,00	0,00	25.912.694,60
3. Sonstige Ausleihungen	31.915,46	0,00	22.528,56	9.386,90
	4.005.283.319,04	49.251,95	328.722.554,37	3.676.610.016,62
Summe	4.012.242.446,95	284.039,46	328.890.104,10	3.683.636.382,31

Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31. 12. 2003	Buchwert 31. 12. 2002	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
453.999,98	300.809,48	385.730,75	221.079,69	0,00
117.388,56	0,00	0,00	0,00	0,00
15.024,05	3.170.808,73	3.197.604,08	0,00	0,00
132.412,61	3.170.808,73	3.197.604,08	0,00	0,00
2.451.939,01	507.785,88	732.134,22	298.590,81	0,00
0,00	8.610,00	0,00	0,00	0,00
2.584.351,62	3.687.204,61	3.929.738,30	298.590,81	0,00
1.142.429.024,57	2.508.258.910,55	2.826.657.104,73	10.091.830,69	0,00
394.423,46	25.518.271,14	25.558.804,22	58.775,58	18.242,50
0,00	9.386,90	31.915,46	0,00	0,00
1.142.823.448,03	2.533.786.568,59	2.852.247.824,41	10.150.606,27	18.242,50
1.145.861.799,63	2.537.774.582,68	2.856.563.293,46	10.670.276,77	18.242,50

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit von 1. Jänner 2003 bis 31. Dezember 2003

	2003		2002	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		305.052,71		183
2. Sonstige betriebliche Erträge				
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	32.071,12		13.081	
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	369.975,18		268	
c) Übrige	2.571.237,04	2.973.283,34	2.595	15.944
3. Personalaufwand				
a) Gehälter	5.447.286,38		4.980	
b) Aufwendungen für Abfertigungen	600.237,96		344	
c) Aufwendungen für betriebliche Mitarbeitervorsorge iSd BMVG	552,74		0	
d) Aufwendungen für Altersversorgung	6.859.176,12		19.972	
e) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	923.366,58		870	
f) Sonstige Sozialaufwendungen	119.048,45	-13.949.668,23	113	-26.279
4. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-519.670,50		-651
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z 17 fallen	37.388,89		17	
b) Übrige	26.545.185,45	-26.582.574,34	22.410	-22.427
6. Zwischensumme aus Z 1 bis 5 (Betriebserfolg)		-37.773.577,02		-33.230
7. Erträge aus Beteiligungen		95.465.676,50		98.595
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.146.440,00		1.140
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		17.450.825,16		26.997
10. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens		218.311.878,36		813
11. Aufwand aus dem Genussrechtsanspruch des Bundes		-164.831.361,10		0
12. Kursgewinne/-verluste aus dem Finanzbereich		17.651.409,66		-8.749
13. Aufwendungen aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens				
a) Abschreibungen	61.226,26		18	
b) Aufwendungen aus Beteiligungen	10.091.830,69	-10.153.056,95	34.584	-34.602
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-117.366.249,67		-130.726
15. Zwischensumme aus Z 7 bis 14 (Finanzerfolg)		57.675.561,96		-46.532
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		19.901.984,94		-79.762
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-238.408,82		-4

	2003		2002	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
18. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		19.663.576,12		-79.766
19. Auflösung unverteuerter Rücklagen		35.490,65		155
20. Auflösung von Kapitalrücklagen		19.204.055,47		0
21. Auflösung von Gewinnrücklagen		61.096.877,76		0
Jahresgewinn/-verlust		100.000.000,00		-79.611
22. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		0,00		340.708
23. Bilanzgewinn		100.000.000,00		261.097

Entwicklung der unverteuerten Rücklagen

	Stand 1. 1. 2003 EUR	Auflösung EUR	Stand 31. 12. 2003 EUR
Investitionsfreibetrag gemäß § 10 EStG			
1999	35.490,65	35.490,65	0,00
2000	62,14	0,00	62,14
	35.552,79	35.490,65	62,14

Anhang

A. Grundsätzliche Ausführungen

Die Gesellschaft befindet sich im alleinigen Eigentum der Republik Österreich.

Die Gesellschaft wurde durch das ÖIG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 439/1984, errichtet. In weiterer Folge kam es zu mehreren, die Rechtsgrundlage der Gesellschaft betreffende Gesetzesänderungen.

Mit dem Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000), BGBl. I Nr. 24/2000, wurde die Gesellschaft auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt.

Der Jahresabschluss basiert auf dem im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2003 geänderten ÖIAG-Gesetz 2000.

Die wesentlichen Aufgaben der Gesellschaft sind gemäß § 1 Abs. 2 ÖIAG-Gesetz 2000 die Abgabe von Anteilen (Privatisierungsmanagement), das Halten, die Verwaltung und die Ausübung von Anteilsrechten (Beteiligungsmanagement) an Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist oder die ihr künftig durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft übertragen werden (Beteiligungsgesellschaften), sowie der Erwerb von Anteilsrechten gemäß § 9 Abs. 2 und 3 ÖIAG-Gesetz 2000.

Durch das ÖIAG-Gesetz 2000 wurde dem Bund ein obligatorischer Genussrechtsanspruch auf 80 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften eingeräumt, der mit der Höhe der Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden, begrenzt ist. 20 % der Gewinne dienen zur Tilgung des in der Bilanz der ÖIAG ausgewiesenen nachrangigen Gesellschafterdarlehens. Nach Tilgung des Gesellschafterdarlehens erhöht sich der Anspruch des Bundes auf 100 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften.

Die bestehenden Haftungen des Bundes für Verbindlichkeiten der ÖIAG und der Post und Telekombeteiligungsgesellschaft werden bis zur Tilgung dieser Verbindlichkeiten aufrechterhalten.

Auf der Grundlage des Privatisierungsauftrags hat die ÖIAG in 2003 die Postbus AG veräußert, ihre Beteiligung an der VA Technologie AG von 24 % auf 15 % und jene an der voestalpine AG von 34,7 % auf 15 % verringert sowie alle ihre Anteilsrechte an der BÖHLER-UDDEHOLM AG abgegeben. Durch die Begebung von zwei Umtauschanleihen – Exchangeable Notes auf 25 Mio Stück Stückaktien der Telekom Austria AG und auf 5,94 Mio Stück Stückaktien der voestalpine AG –, die auf Wunsch der Inhaber bis Juni bzw. August 2006 in Aktien gewandelt werden dürfen, sind in 2003 bereits zwei weitere wesentliche Privatisierungsschritte vorbereitet worden.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung und Bewertung sind unter Anwendung des Vorsichts- und des imparitätischen Realisationsprinzips erfolgt. Die Gliederung entspricht den gesetzlichen Vorschriften, bisherige Bilanzierungsgrundsätze wurden beibehalten.

Aufgrund einer möglichen, per Ende 2006 bevorstehenden Schließung der ÖIAG wurden für den Bereich Personal – basierend auf versicherungsmathematischen Berechnungen – entsprechend dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht Rückstellungen in einem Ausmaß gebildet, das dem Schließungsszenario Rechnung trägt. Insoweit wurde von der Bewertung nach dem Going-Concern-Prinzip abgegangen.

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bewertet und nach der linearen Methode

planmäßig abgeschrieben. Die Abschreibungssätze betragen 25–33,3 %.

Die Bewertung der **Sachanlagen** erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen, die grundsätzlich nach der linearen Methode ermittelt werden. Außerplanmäßige Abschreibungen werden im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen.

Geringwertige Vermögensgegenstände (Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis EUR 400,-) werden im Zugangsjahr zur Gänze abgeschrieben und als Abgang gezeigt.

Der planmäßigen Abschreibung beim Sachanlagevermögen liegen folgende Abschreibungssätze zugrunde:

Betriebs- und Geschäftsausstattung	10–25 %
---	----------------

Anteile an Beteiligungen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Dauernden Wertminderungen wird durch den Ansatz von außerplanmäßigen Abschreibungen Rechnung getragen.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens** werden zu Anschaffungskosten bzw. bei Wertminderungen zum niedrigeren Wert am Abschlussstichtag ausgewiesen.

Die **sonstigen Ausleihungen** werden grundsätzlich mit Nennwerten bzw. mit den niedrigeren Barwerten am Bilanzstichtag bewertet.

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert aktiviert. Erkennbaren Risiken wird durch die Bildung entsprechender Wertberichtigungen Rechnung getragen. Unverzinsliche bzw. niedrig verzinsliche Forderungen werden abgezinst.

Rückstellungen/Verbindlichkeiten

Die **Rückstellungen für Abfertigungen** werden zum Bilanzstichtag mit dem sich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ergebenden Betrag angesetzt. Dabei wird das Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinssatz von 3,5 % (Vorjahr: 6 % p.a.) angewendet. Die **Höhe der Rückstellungen für Pensionen** wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines 3,0 %-igen Rechnungszinssatzes (Vor-

jahr: Rechnungszinssatz 3,5 %) und der Teilwertmethode ermittelt. Als Rechnungsgrundlage dienen die Tabellen AVÖ 1999–P (Angestellte).

Die **sonstigen Rückstellungen** beinhalten die bis zum Bilanzstichtag erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Fremdwährungsbeträge werden nach dem Niederst- bzw. Höchstwertprinzip bewertet.

B. Erläuterung der Bilanz

a. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Die Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen betragen im folgenden Geschäftsjahr EUR 0,39 Mio. Der Gesamtbetrag der folgenden fünf Jahre beläuft sich auf EUR 1,63 Mio.

b. Finanzanlagen

Die Entwicklung der Finanzanlagen ist im Anlagenspiegel detailliert dargestellt.

Die Wertpapiere beinhalten Investmentfondsanteile zur Wertpapierdeckung für die Rückstellungen für Abfertigungen, Pensionen und Jubiläen, sowie für allfällige Nachschussverpflichtungen für an die APK-Pensionskasse übertragene Rückstellungen.

Das in den sonstigen Ausleihungen enthaltene Darlehen von EUR 0,01 Mio läuft in 2004 aus.

c. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Posten	Bilanzwert EUR Mio
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (im Vorjahr)	0,03 (0,03)
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (im Vorjahr)	0,05 (0,35)
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände (im Vorjahr)	178,45 (10,03)
Summe (Summe Vorjahr)	178,53 (10,41)

Restlaufzeit bis 2006	
Sonstige Forderungen	175,00
Wertpapiere	305,00
Summe Forderungen und Wertpapiere	480,00

d. Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden

Gemäß § 14 Abs. 4 des ÖIAG-Gesetzes 2000 erlischt die Refundierungsverpflichtung des Bundes in dem Ausmaß, in dem ihr nach Maßgabe des Zufließens von Privatisierungsgewinnen bei der ÖIAG entstandene Genussrechtsansprüche gemäß § 13 Abs. 2 aufrechenbar gegenüberstehen (§ 1348 ABGB). Im Jahr 2003 entstanden Genussrechtsansprüche des Bundes in Höhe von EUR 164,83 Mio. Die Rückforderungsansprüche sanken daher bis zum 31. Dezember 2003 auf EUR 1.813,04 Mio. In den Rückforderungsansprüchen ist eine Vorauszahlung von EUR 0,41 Mio enthalten, die dadurch entstand, dass die Tilgungen der Schulden mit Rückforderungsanspruch die Genussrechtsansprüche 2003 überstiegen haben. Die Vorauszahlung wird mit Genussrechtsansprüchen, die in 2004 entstehen, zu verrechnen sein.

e. Rechnungsabgrenzungsposten

Die ausgewiesenen Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem 31. Dezember 2003, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

f. Grundkapital und Rücklagen

Das Grundkapital von EUR 363.365.000,- ist geteilt in Stück 5.000 Stückaktien. Im Gefolge der 33. ordentlichen Hauptversammlung vom 10. Juli 2003 wurden vom Bilanzgewinn 2002 EUR 200,00 Mio an den Bund ausgeschüttet und EUR 61,10 Mio in die Gewinnrücklagen eingestellt. Zum 31. Dezember 2003 wurden von den Gewinn- und Kapitalrücklagen EUR 80,30 Mio aufgelöst, sodass ein ausschüttungsfähiger Bilanzgewinn von EUR 100 Mio ausgewiesen wird.

g. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten vor allem eine Vorsorge für den Entschädigungsfonds (EUR 33,34 Mio), Vorsorgen für nicht verbrauchte Urlaube, Jubiläumsgelder und sonstige Personalaufwendungen (EUR 39,88 Mio) sowie Vorsorgen für Beteiligungen in Höhe von EUR 39,00 Mio.

h. Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich refundiert werden

Diese Verbindlichkeiten beliefen sich zum Bilanzstichtag auf EUR 1.812,64 Mio.

i. Verbindlichkeiten

Posten	Mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR Mio	Mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR Mio	Bilanzwert EUR Mio
Gesellschafterdarlehen (im Vorjahr)	26,27 (67,62)	0,0 (0,0)	26,27 (67,62)
Anleihen (im Vorjahr)	0,00 (0,00)	570,20 (0,00)	570,20 (0,00)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (im Vorjahr)	90,39 (345,47)	163,87 (266,19)	254,26 (611,66)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (im Vorjahr)	1,94 (2,90)	0,0 (0,0)	1,94 (2,90)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (im Vorjahr)	19,40 (29,57)	0,0 (0,0)	19,40 (29,57)
Sonstige Verbindlichkeiten (im Vorjahr)	11,14 (18,23)	0,0 (0,0)	11,14 (18,23)
Summe (Summe Vorjahr)	149,14 (463,79)	734,07 (266,19)	883,21 (729,98)

Der § 13 Abs. 1 des ÖIAG-Gesetzes 2000 sieht vor, dass 20 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften zur Tilgung des nachrangigen Gesellschafterdarlehens zu verwenden sind. Die Restlaufzeit des Gesellschafterdarlehens ist daher von der Erzielung von Gewinnen aus Privatisierungen abhängig.

Bei den Anleihen handelt es sich um Umtauschanleihen auf Aktien der Telekom Austria AG (EUR 325,00 Mio bzw. Stück 25 Mio Stückaktien) und der voestalpine AG (EUR 245,20 Mio bzw. Stück 5,94 Mio Stückaktien), die spätestens 2006 fällig sind.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind EUR 14,91 Mio nach dem 31. Dezember 2008 fällig. Den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – sie gingen im Rahmen des ÖIAG-Gesetzes 2000 durch Verschmelzung auf die ÖIAG über – von EUR 254,26 Mio stehen Wertpapiere und Guthaben bei Kreditinstituten von zusammen EUR 744,89 Mio gegenüber,

die entsprechend dem ÖIAG-Gesetz zur Tilgung heranzuziehen sind, aus denen aber auch die Zinsenzahlungen 2004 für die Verbindlichkeiten mit Refundierungsverpflichtung des Bundes und die Tilgung der in 2006 fälligen Umtauschanleihen – soweit nicht eine Abstattung in Form von Aktien erfolgt – zu leisten sind.

C. Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

a. Umsatzerlöse

	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Umlagen	0,07	0,07
Sonstige	0,24	0,11
Umsatzerlöse Inland	0,31	0,18

b. Sonstige betriebliche Erträge

	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	0,03	13,08
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,37	0,27
Übrige	2,57	2,59
	2,97	15,94

Die übrigen betrieblichen Erträge beinhalten Mietenerträge, Kostenvergütungen und dergleichen.

c. Personalaufwand

	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Gehälter	5,45	4,98
Aufwendungen für Abfertigungen	0,60	0,35
Aufwendungen für Altersversorgung	6,86	19,97
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	0,92	0,87
Sonstige Sozialaufwendungen	0,12	0,11
	13,95	26,28

d. Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen	0,04	0,02
Übrige	26,54	22,41
	26,58	22,43

In den übrigen betrieblichen Aufwendungen sind neben Aufwendungen für die Privatisierung von Beteiligungsgesellschaften unter anderem Betriebs- und Verwaltungskosten für Liegenschaften, Mieten, Honorare und Wertberichtigungen enthalten.

e. Beteiligungsergebnis

	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Dividendenerträge	95,47	98,59
Aufwendungen aus Beteiligungen	-10,09	-34,58
	85,38	64,01

f. Zinsenergebnis

	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17,45	27,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-117,37	-130,73
	-99,92	-103,73

g. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens

Die Erträge von EUR 218,31 Mio stammen im Wesentlichen aus der Privatisierung von Beteiligungen.

h. Kursgewinne/Kursverluste aus dem Finanzbereich

Durch die günstige Kursentwicklung bei den Verbindlichkeiten in Schweizer Franken ergab sich im Geschäftsjahr 2003 ein Kursgewinn in Höhe von EUR 17,65 Mio. Die ÖIAG hat die günstigen Kursverhältnisse für Sicherungsgeschäfte genutzt, sodass auch in den Folgejahren keine weiteren Kursverluste aus dem Bereich der Schweizer Franken entstehen können.

i. Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn beträgt EUR 100,00 Mio. Der Bilanzgewinn unterliegt den allgemeinen aktienrechtlichen Bestimmungen über die Gewinnverteilung. Nach dem ÖIAG-Gesetz hat der Vorstand in den Vorschlag über die Gewinnverteilung eine Vorschaurechnung aufzunehmen, in welchem Ausmaß Privatisierungserlöse für das laufende und das folgende Geschäftsjahr für Zinsenzahlungen auf Grundlage einer vorsichtigen Finanzplanung benötigt werden.

D. Organe, Arbeitnehmer

a. Im Jahr 2003 waren im Jahresdurchschnitt in der ÖIAG 48 (Vorjahr: 50) Dienstnehmer beschäftigt.

Die ÖIAG hat mit 31. Dezember 2003 an zwei aufeinander folgenden Bilanzstichtagen zwei Größenmerkmale des § 221 Abs. 1 HGB – Umsatz und Arbeitnehmer – im Jahresdurchschnitt nicht mehr überschritten; die Rechtsfolgen der Größenmerkmale – kleine Aktiengesellschaft – treten ab dem Geschäftsjahr 2004 ein.

b. Pensionen und Abfertigungen

Aufwand für Abfertigungen	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Vorstand und leitende Angestellte	0,19	0,19
Sonstige Arbeitnehmer	0,41	0,15
Summe	0,60	0,34

Aufwand für Pensionen	2003 EUR Mio	2002 EUR Mio
Vorstand und leitende Angestellte	0,64	0,56
Sonstige Arbeitnehmer	6,22	19,41
Summe	6,86	19,97

Der Aufwand der Pensionen für Sonstige Arbeitnehmer resultiert aus Nachschussverpflichtungen für Pensionen, die zur Gestionierung an die APK Pensionskasse AG übertragen worden sind; die zum 31. Dezember 2003 passivierten Nachschussverpflichtungen ergaben sich aus dem nach längerem wieder positiven Veranlagungserfolg der betreffenden Veranlagungs- und Risikogemeinschaft, der aber auch in 2003 die laufenden Pensionszahlungen nicht voll deckte, und den versicherungsmathematisch errechneten Erfordernissen. Die Pensionsverpflichtungen (Leistungsempfänger am 31. Dezember 2003: 392 Personen) stammen vor allem aus früheren Verschmelzungen von Firmen (Vereinigte Edelmetallwerke AG/Austrian Industries AG) auf die ÖIAG.

c. Die Bezüge des Aufsichtsrats beliefen sich auf EUR 0,14 Mio.

d. Vorstand

Dr. Peter MICHAELIS
Dipl.-Ing. Rainer WIELTSCH

e. Aufsichtsratsmitglieder

Dipl.-Bwt. Alfred H. HEINZEL
Vorsitzender
Geschäftsführer der Heinzel Holding GmbH

Prof. Dipl.-Ing. Jürgen HUBBERT
Erster stellvertretender Vorsitzender
Mitglied des Vorstands der Daimler Chrysler AG,
Geschäftsfeld Mercedes-Benz PKW und Smart

Prof. DDr. Hellwig TORGLER
Zweiter stellvertretender Vorsitzender
Rechtsanwalt, Schönherr Rechtsanwälte
(bis 5. September 2003)

Dr. Veit SORGER
Zweiter stellvertretender Vorsitzender
(seit 18. September 2003)
Vorsitzender des Vorstands der Frantschach AG

Dr. Paul ACHLEITNER
Mitglied des Vorstands der Allianz AG

Dr. Karl BÜCHE
Vorsitzender des Vorstands der BRAU UNION AG

Univ.-Prof. Dr. Michael ENZINGER
Rechtsanwalt
(seit 5. September 2003)

Dr. Astrid GILHOFER
Geschäftsführende Gesellschafterin der CI Consult und
Immobilientreuhand GmbH

Dr. Alexander RIKLIN
Gesellschafter und Geschäftsführer der Alcar Holding GmbH
(seit 11. November 2003)

Veit SCHALLE
Vorsitzender des Vorstands der REWE Austria AG
(bis 6. November 2003)

Dr. Erich WIESNER
Geschäftsführer der Wiesner-Hager Baugruppe GmbH

KR Ing. Siegfried WOLF
Executive Vice Chairman der Magna International Europe AG

Ing. Leopold ABRAHAM
Vorsitzender des Zentralbetriebsrats der OMV AG

Anton BENEDER
Vorsitzender der Konzernvertretung der
VA TECH ELIN EBG GmbH

Gerhard FRITZ
Vorsitzender des Zentralausschusses
der Österreichische Post AG

Erich HUHDORF
Vorsitzender des Zentralausschusses der Telekom Austria AG
(bis 30. November 2003)

Michael KOLEK
Vorsitzender des Zentralausschusses der Telekom Austria AG
(seit 5. Dezember 2003)

Helmut OBERCHRISTL
Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrats
der voestalpine Stahl GmbH

E. Beteiligungsspiegel

Firma	Sitz	Angaben für Eigenkapital bzw. Ergebnis	Eigenkapital	Anteil am Kapital	Jahresüber- schuss (Fehlbetrag)
			EUR Mio	%	EUR Mio
APK Pensionskasse AG	Wien	2002	13,78	27,6	0,01
Austrian Airlines Österreichische Luftverkehrs AG	Wien	2003	257,75	39,7	-118,88
IMIB AG	Linz	2002	0,97	100,0	-18,16
ÖIAG-Bergbauholding AG	Wien	2003	13,59	100,0	2,62
Österreichische Post AG	Wien	2003	675,47	100,0	32,42
OMV AG	Wien	2003	2.315,30	35,0	481,77
SCHOELLER-BLECKMANN GmbH	Ternitz	2003	3,71	99,0	0,02
Telekom Austria AG	Wien	2003	2.388,21	47,2	306,61
VOEST-ALPINE TECHNOLOGIE AG	Linz	2003	445,51	15,0	45,13
VOESTALPINE AG	Linz	2002/2003	1.110,57	15,0	80,32
VOEST-ALPINE Steinel GmbH	Linz	2003	0,36	100,0	0,24

Die Angaben zum Eigenkapital und zum Jahresüberschuss (Fehlbetrag) betreffen die Einzelabschlüsse der genannten Gesellschaften.

Durch das Bundesgesetz vom 26. April 2000, das am 17. Mai 2000 in Kraft getreten ist (ÖIAG-Gesetz 2000), wird die Bildung eines Konzernverhältnisses zwischen der ÖIAG und ihren Beteiligungsgesellschaften ausdrücklich ausgeschlossen.

Die ÖIAG hat darauf hinzuwirken, dass bei von ihr unmittelbar mehrheitlich gehaltenen Beteiligungen die zur Herstellung möglichst günstiger Voraussetzungen für die Privatisierung erforderlichen Maßnahmen gesetzt werden. Nur zur Erreichung dieser Ziele kann die ÖIAG Weisungen erteilen und Richtlinien erlassen.

Wien, am 7. Mai 2004

Der Vorstand

Dr. Peter Michaelis e. h.

Dipl.-Ing. Rainer Wieltch e. h.

Bestätigungsbericht

Wir haben den nach den in Österreich geltenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003 der Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft, Wien, unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Aufstellung und Inhalt dieses Jahresabschlusses liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufsüblichen Grundsätze durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen ist. Die Prüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für Beträge und sonstige Angaben im Jahresabschluss ein. Sie umfasst ferner die Beurteilung der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil abgibt. Aufgrund des Ergebnisses der von uns durchgeführten Prüfung erteilen wir folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.“

Wien, am 7. Mai 2004

 ERNST & YOUNG

Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft m.b.H.

Dr. Alfred Brogyányi e. h.
Wirtschaftsprüfer

Mag. Gerhard Schwartz e. h.
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung über das Geschäftsjahr 2003

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2003 in Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben neun Plenarsitzungen und fünf Ausschusssitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Tätigkeit des Aufsichtsrats waren die Beratungen und Beschlüsse im Zusammenhang mit dem neuerlichen Privatisierungsauftrag der Bundesregierung und den gemäß diesem Auftrag erfolgten Privatisierungen; wichtige Privatisierungsvorgänge in diesem Geschäftsjahr waren die Abgabe von Anteilen an der voestalpine AG und an der VA Technologie AG sowie die vollständige Privatisierung der BÖHLER-UDDEHOLM AG. Weitere bedeutende Beschlüsse waren die Genehmigung der in Österreich erstmals begebenen Umtauschanleihen auf Aktien der Telekom Austria AG und der voestalpine AG. Außerdem wurde das Unternehmenskonzept der ÖIAG 2003–2006 verabschiedet.

Wie schon in den vergangenen Geschäftsjahren wurde dem Aufsichtsrat auch im Geschäftsjahr 2003 von den Vorstandsmitgliedern der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, insbesondere der börsennotierten Beteiligungsgesellschaften, über die Situation der jeweiligen Gesellschaft berichtet.

Der Vorstand der ÖIAG hat dem Aufsichtsrat schriftlich und mündlich über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft, der Beteiligungsgesellschaften und der gesamten ÖIAG-Gruppe berichtet und in jenen Geschäftsfällen, in denen dies nach den Bestimmungen der Satzung oder der Geschäftsordnung erforderlich war, die Zustimmung des Aufsichtsrats eingeholt.

Im vergangenen Geschäftsjahr sind zwei Aufsichtsratsmitglieder zurückgetreten; gemäß § 4 ÖIAG-Gesetz 2000 hat der Aufsichtsrat zwei neue Mitglieder bestellt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden durch die Europa Treuhand Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H., nunmehr Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m. b. H., geprüft.

Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss 2003, der damit gemäß § 125 Abs. 2 Aktiengesetz festgestellt ist; der Aufsichtsrat schließt sich auch dem Vorschlag des Vorstands an, den Bilanzgewinn von EUR 100.000.000,- zur Gänze als Dividende auszuschütten.

Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung gemäß § 270 Abs. 1 HGB vor, für die Prüfung des Jahresabschlusses 2004 die Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H., zum Abschlussprüfer zu bestellen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft für ihre im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Wien, am 18. Juni 2004

Alfred H. Heinzel e. h.
Vorsitzender des Aufsichtsrats